

sek·feps

Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund
Fédération des Églises protestantes de Suisse
Federation of Swiss Protestant Churches

Communiqué:

Publiziert: 29.11.2009 Verfasser: SEK-Kommunikation

Minarett-Verbot belastet den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Das Minarett-Verbot löst keine Probleme, sondern wird neue schaffen. Gegenseitiger Respekt ist Voraussetzung für gelingende Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Zustimmung zur Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“ belastet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Minarett-Verbot löst keine Probleme, sondern wird neue schaffen. Entsprechend bedauert der Schweizerische Evangelische Kirchenbund (SEK) den Ausgang der heutigen Abstimmung.

Der SEK erachtet den heutigen Abstimmungsentscheid zur Minarett-Initiative als eine Belastung für die Freiheitsrechte: „Es darf nicht sein, dass religiöse Minderheiten jetzt damit rechnen müssen, ungleich behandelt zu werden“, so Thomas Wipf, Präsident des Rates SEK. „Die allgemeine Geltung der Menschenrechte, insbesondere das Recht auf freie Ausübung des Glaubens, sind Errungenschaften, die nicht aufgegeben werden dürfen“.

Die evangelischen Kirchen nehmen die Befürchtungen eines Teiles der Bevölkerung vor den Folgen der Pluralisierung der Gesellschaft ernst. Die Religionsgemeinschaften sind jetzt in besonderer Weise gefordert, ihren Beitrag zu einem friedlichen Zusammenleben zu leisten. Sie können vorleben, dass ein gelingendes Miteinander in der Schweiz heute möglich ist. Darum rufen die evangelischen Kirchen die Muslime auf, ihre Organisation transparent zu gestalten und sich im Rahmen unseres Rechtsstaates aktiv am gesellschaftlichen Miteinander zu beteiligen.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht aus dem festen Willen, trotz der Unterschiede von Sprache, Religion und Kultur in Frieden zusammenzuleben. Der gegenseitige Respekt vor dem Anderen ist eine entscheidende Voraussetzung für den Dialog und für gelingende Integration. Wipf: „Den evangelischen Kirchen geht es um das ernsthafte Ringen um die Sache, nicht um den Kampf der Kulturen“.